

Arbeitsmarktentwicklung in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise

Die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zog den stärksten weltweiten Einbruch der Realwirtschaft seit 50 Jahren nach sich. Der österreichische Arbeitsmarkt reagiert auf die Wirtschaftskrise mit einem Beschäftigungsrückgang und einer markanten Zunahme der Arbeitslosigkeit, die voraussichtlich auch im Jahr 2010 anhalten werden. Nach einer Phase deutlicher Beschäftigungsexpansion in den Jahren 2006 bis 2008, in der die Zahl der aktiven Beschäftigungsverhältnisse um durchschnittlich mehr als 2% pro Jahr wuchs, folgten ein Einbruch (-1,3%) und ein drastischer Anstieg der Arbeitslosenquote (+1,3 Prozentpunkte auf 7,1%, einschließlich Schulungsteilnahmen +1,6 Prozentpunkte auf 8,8%).

Besonders betroffen von den Folgen des Konjunkturerinbruchs waren Jugendliche und die vorwiegend männlichen Beschäftigten in den exportorientierten Bereichen der Sachgütererzeugung (einschließlich der schwerpunktmäßig dort beschäftigten Leiharbeitskräfte). Im weiteren Verlauf der Krise verbreitert sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit und betrifft zunehmend auch Frauen und Dienstleistungsbranchen.

Die Arbeitsmarktpolitik setzte bereits in den ersten Monaten der Krise, als in den Betrieben noch große Unsicherheit über deren Ausmaß und die weiteren Produktionsperspektiven bestand, deutliche Initiativen. Mit der Reform der Kurzarbeit im Februar 2009 wurde ein in Österreich bislang kaum genutztes Instrument erstmals breit eingesetzt und trug zur Beschäftigungsstabilisierung und zur Dämpfung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit bei. Rund 8.400 Beschäftigungsverhältnisse dürften 2009 dadurch gesichert worden sein. Auch die Bildungskarenz wurde – unter erleichterten Zugangsbedingungen – stark zur vorübergehenden Reduktion des Arbeitskräfteangebotes bei Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse genutzt und leistet zudem einen Beitrag zur Weiterbildung (rund 4.900 Fälle im Jahresdurchschnitt 2009). Zudem wurden schwerpunktmäßig Maßnahmen für Jugendliche umgesetzt und die Einschränkung des Angebotes an betrieblichen Lehrstellen durch den Ausbau der überbetrieblichen Lehrausbildungsplätze aufgefangen.

Mit Fortdauer der Krise werden ihre Folgen besser einschätzbar, und Maßnahmen gewinnen an Bedeutung, die den durch die Krise beschleunigten Strukturwandel und die damit einhergehende Veränderung der Anforderungen an die Arbeitskräfte begleiten: Das sind intensivere Qualifizierung sowohl in Betrieben als auch für Arbeitslose sowie Maßnahmen zur Unterstützung der Reorientierung, etwa in Stiftungen. Für bestimmte Zielgruppen (z. B. Jugendliche, Langzeitarbeitslose) kann die öffentliche Hand auch die direkte Schaffung von (temporären) Beschäftigungsmöglichkeiten (etwa in sozialökonomischen Betrieben) fördern oder direkt ihre Arbeitgeberfunktion zur gezielten Verbesserung der Beschäftigungssituation nutzen. Kurzar-

beitsphasen sollten hingegen zunehmend auslaufen oder, sollte eine mittelfristige Verringerung des Arbeitskräftebedarfs absehbar sein, in betriebliche Arbeitszeitmodelle übergeführt werden.

Wien, am 27. Dezember 2009.

Rückfragen bitte an Dr. Helmut Mahringer, Tel. (1) 798 26 01-0, Helmut.Mahringer@wifo.ac.at.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 12/2009
(http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37862&typeid=8&display_mode=2)!

Tabellen und Graphiken zu den Presseaussendungen des WIFO finden Sie jeweils auf der WIFO-Website, <http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=12>.